
Antragsteller

Ort, Datum

Kreis Gütersloh
Abteilung Arbeit und Soziales

33324 Gütersloh

Az.: 3.3.2 - InvTG/KZP

(Bitte unbedingt angeben!)

Antrag auf Gewährung eines Aufwendungszuschusses für Investitionen von Tages-, Nacht-, und Kurzzeitpflegeeinrichtungen nach § 13 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) i. V. m. §§ 17 – 19 (Kurzzeitpflege) bzw. §§ 20 – 22 (Tagespflege) der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW)

1. Antragsteller/-in	
Name/ Bezeichnung der Trägerin/ des Trägers	
Anschrift: <i>Straße/PLZ/Ort/Kreis</i>	
Auskunft erteilt: <i>Name/Tel. (Durchwahl)</i> <i>E-Mail:</i>	
Bezeichnung und Anschrift der Tages-, Nacht-, Kurzzeitpflegeeinrichtung, für die die Investitionskosten beantragt werden: <i>Straße/PLZ/Ort/Kreis</i>	
Bankverbindung: <i>IBAN</i>	
<i>BIC</i>	
<i>Bezeichnung des Kreditinstitutes</i>	
<i>Name des Kontoinhabers, sofern nicht mit dem Träger identisch:</i>	
Institutionskennzeichen (IK)	
Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege oder einer privaten Organisation	<input type="checkbox"/> ja, und zwar <input type="checkbox"/> nein

2. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 2.1 die Voraussetzungen gemäß § 11 APG NRW erfüllt werden bzw. § 22 APG NRW (Übergangsregelung) Anwendung findet,
- 2.2 eine Bestätigung der gesonderten Berechnung gemäß § 10 APG NRW i.V.m. §§ 11- 12 APG DVO NRW durch die zuständige Behörde vorliegt,
- 2.3 ein Versorgungsvertrages nach § 72 Abs. 1 SGB XI und eine Vergütungsvereinbarung nach § 85 SGB XI abgeschlossen worden ist,
- 2.4 für die in der Anlage zum Antrag genannten Pflegebedürftigen der Bescheid über Gewährung von Leistungen nach den §§ 39, 41, 42 SGB XI vorliegt,
- 2.5 für die in der Anlage zum Antrag genannten Pflegebedürftigen **keine** Ansprüche im Rahmen der Kriegsopferfürsorge bestehen,
- 2.6 den in der Anlage zum Antrag genannten Pflegebedürftigen für den Antragszeitraum die als betriebsnotwendig anerkannten Investitionskosten **nicht** in Rechnung gestellt werden bzw. wurden,
- 2.7 dem Kreis alle Änderungen der entscheidungserheblichen Tatsachen für die Gewährung des bewohnerorientierten Aufwendungszuschusses (z. B. Betriebsschließung, Trägerwechsel, Änderung der Bezeichnung des Dienstes, Änderung der Rechtsform, organisatorische Veränderungen) unverzüglich mitgeteilt werden,
- 2.8 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

3. Anlagen

- Kopie des aktuellen Versorgungsvertrages nach § 72 Abs. 1 SGB XI
- Kopie der aktuellen Vergütungsvereinbarung gemäß § 85 SGB XI,
- Zustimmung des LWL zur gesonderten Berechnung gemäß § 10 APG NRW i.V.m. §§ 11, 12 APG DVO NRW

(Ort)

(Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)